

- Es gilt das gesprochene Wort. -

Fraktion Bündnis 90 / Die GRÜNEN im Rat der Stadt Monheim am Rhein

Haushaltsrede 2023

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Ratskolleginnen und -kollegen,
sehr geehrte Gäste im Saal und am Bildschirm,

Zu Beginn danke ich Frau Richter, Herrn Krämer, und allen, die an der Aufstellung und Aktualisierung des Haushaltsentwurfs beteiligt waren, sowie allen anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung herzlich für ihre gute und engagierte Arbeit.

Zum Ende des vergangenen Jahres hatten wir uns noch der Hoffnung hingegeben, dass der Krieg in der Ukraine mit seinen auch für uns erheblichen Folgen mittlerweile vorbei sein könnte. Leider eine falsche Hoffnung. Wir werden leider auch in der Gegenwart und zumindest der näheren Zukunft damit umgehen müssen.

Unser Antrag, auch als Zeichen der Solidarität eine Partnerschaft mit einer ukrainischen Stadt zu schließen, wurde leider abgelehnt.

Die Preise für Energie haben sich wieder etwas reduziert, die Probleme mit der Energieerzeugung und -versorgung leider nicht.

Hinzugekommen ist noch der Krieg in Nahost, an dem mit Israel auch ein Land beteiligt ist, zu dem wir auch über unsere Partnerstadt Tirat Carmel eine besondere Verbindung haben.

Die wirtschaftlichen Folgen dieses Krieges sind für uns geringer als die des Ukraine- Kriegs, die weltpolitische Bedeutung ist es nicht.

Wir haben uns allerdings heute weniger mit der Weltpolitik zu beschäftigen, sondern mit Politik und Finanzen in unserem überschaubaren Monheim am Rhein.

Der Haushalt, über den wir heute zu befinden haben, schließt nach einiger Zeit erstmals mit einem negativen Ergebnis in Höhe von 28,33 Mio. € ab - er ist de facto nicht ausgeglichen. Und dies ist auch für die kommenden Jahre so geplant - mit deutlich steigenden negativen Zahlen.

Für 2024 und voraussichtlich auch für die kommenden Jahre werden wir den negativen Saldo aus der Ausgleichsrücklage decken können - bei gleichbleibender Entwicklung ab 2029 absehbar nicht mehr.

Vielleicht werden die tatsächlichen Ergebnisse ja positiver als in der mittelfristigen Finanzplanung, vielleicht aber auch schlechter.

Trotz weiterhin hoher Einnahmen haben wir also offensichtlich ein Ausgabenproblem. Da könnte man auf die Idee kommen, die Ausgaben zu reduzieren, wie dies auch in verschiedenen Anträgen der Opposition an konkreten Maßnahmen vorgeschlagen wurde. Die Verwaltung setzt einen globalen Minderaufwand in Höhe von 1 Prozent der Summe der ordentlichen Aufwendungen entsprechend 4,11 Mio. € an, reduziert oder streicht aber praktisch keine konkreten Maßnahmen.

Beim genannten Fehlbetrag von 28,33 Mio. € sind die gut 4 Millionen bereits berücksichtigt.

Von CDU, Grünen, SPD und Herrn Wiese wurde beispielsweise gemeinsam beantragt, das Projekt Marina nicht weiter zu verfolgen.

Von der CDU wurde u.a. beantragt, die Planungskosten für die Umgestaltung der Erschließung der äußeren Altstadt, die Errichtung einer Minigolfanlage und das pauschale Budget für Kunst im öffentlichen Raum zu streichen, das Budget für die Kulturwerke zu reduzieren und auf den Erwerb eines eigenen Abschleppwagens zu verzichten.

Von der FDP wurde beantragt, das blaue Band zu streichen.

Von den Grünen wurde beantragt, die Freitreppe und die Umgestaltung des Schützenplatzes in Monheim zu streichen.

Einige der Maßnahmen, deren Streichung, Verschiebung oder Reduzierung vorgeschlagen wurde, sind als solche durchaus attraktiv, aber sinnvolle Möglichkeiten zur Einsparung, ohne die Attraktivität unserer Stadt wirklich zu schmälern.

Stattdessen planen wir auf absehbare Zeit mit nicht ausgeglichenen Haushalten, sinkenden Rücklagen und steigenden Krediten.

Für Liquiditätskredite sind neben im Finanzplan sind für die Jahre 2022 bis 2027 Beträge in Höhe von ca. 785 Mio. € vorgesehen, für Liquiditätskredite nach aktuellen Werten insgesamt ca. 225 Mio. € vorgesehen insgesamt also ca. 1,01 Milliarde €.

Nach Verrechnung der Tilgung der Investitionskredite bleiben immer noch ca. 950 Millionen, wenn ich richtig gerechnet habe, was leider nicht so einfach ist, zumal es auch bis zuletzt noch Änderungen gab.

Hinzu kommen noch Verbindlichkeiten der städtischen Töchter, hier nur bei Kreditinstituten und soweit sie aus den Anlagen zum Haushaltsplan klar zu ersehen waren, mit einem geplanten Stand Ende 2024 von 341 Mio. € und 2027 361 Mio. €.

Teilweise stehen den in erheblichem Umfang über Kredite finanzierten Projekten zu erwartende Einnahmen gegenüber wie beispielsweise Mieteinnahmen bei der Monheimer Wohnen. Zu erheblichen Teilen werden sich die Investitionen allerdings nie amortisieren wie beispielsweise bei der Kulturraffinerie, deren Kosten im Übrigen deutlich höher werden als geplant und der Marina, für die noch gar keine genauen Kosten vorliegen. Bei diesen Projekten können wir froh sein, wenn sich zumindest der laufende Betrieb rechnet - und auch das ist alles andere als sicher.

Die Investitionen in die Monheimer Mitte wurden und werden zu erheblichen Teilen über verlorene Zuschüsse der Stadt finanziert. Schon die Bezeichnung beinhaltet, dass es sich um Zuschüsse handelt, die sich nicht amortisieren können.

Im Bereich Busbahnhof wurden im Zusammenhang mit dem nächsten Bauabschnitt des Einkaufszentrums bereits einige Grundstücke erworben. Weitere werden dazu kommen. Diese Grundstücke sind bzw. waren allesamt bebaut, so dass neben dem Grundstück selbst auch funktionierende Immobilien gekauft und abgerissen wurden und werden - mit erheblichem Kostenaufwand.

Es ist absehbar, dass wir in diesem Zusammenhang auch im kommenden Jahr wieder über verlorene Zuschüsse diskutieren werden - und wir diese ablehnen werden.

Ob die Erweiterung des Einkaufszentrums auf die Seite gegenüber des Busbahnhofs sinnvoll oder erforderlich ist, mag man unterschiedlich betrachten. Im Zusammenhang mit der finanziellen Situation halten wir sie für nicht vertretbar.

Investitionen in Schulen und Kindergärten sind unverzichtbare Investitionen in die Zukunft unserer Kinder. Finanziell können sie sich naturgemäß nicht amortisieren.

Im Interesse unserer Kinder wäre zweifellos auch, dafür Sorge zu tragen, dass sie nicht in wenigen Jahren mit dem höchsten Kreditvolumen pro Kopf in NRW belastet werden.

Ob die städtischen Einnahmen über die gesamte Laufzeit der Kredite auf einem hohen Niveau bleiben, darf bezweifelt werden. Hier spielen neben u.a. wirtschaftliche Unsicherheiten mögliche Senkungen der Gewerbesteuerhebesätze auch anderer Gemeinden wichtige Rollen.

Außerdem bestehen ja beispielsweise in anderen Kommunen und auch in der Landesregierung erhebliche Zweifel, ob das derzeitige Gewerbesteuersystem und dessen Handhabung wirklich gerecht sind.

Hierzu mag man stehen wie man möchte, aber es ist durchaus denkbar, dass sich die wirtschaftliche und rechtliche Situation während der Laufzeit der Kredite dahingehend ändert, dass deren Bedienung noch problematischer wird als jetzt schon absehbar.

Die Grundsteuer B, die praktisch alle Bürgerinnen und Bürger trifft, soll von 250 auf 282 % steigen, da die entsprechende Erhöhung der Kreisumlage nach Darstellung der Verwaltung anteilig nach einer entsprechenden Formel auf die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler umgelegt werden muss.

Wir haben gemeinsam mit der CDU, der SPD und Herrn Wiese beantragt, auf die Erhöhung der Grundsteuer zu verzichten.

Man könnte auch die für Monheimer Verhältnisse durchaus überschaubare Einnahmensenkung durch Verzicht auf Ausgaben auch an anderer Stelle ausgleichen, wozu u.a. die genannten Anträge aus der Opposition vorliegen, die sämtlich abgelehnt wurden. Dazu müsste nicht mal auf die Marina verzichtet werden, was aus anderen Gründen zweifellos sinnvoll wäre.

Anders als die Grundsteuer, die nach Darstellung der Verwaltung zwingend an die höhere Kreisumlage angepasst werden muss, wird die Gewerbesteuer nicht erhöht. Ob bei einer moderaten Erhöhung der Gewerbesteuer direkt attraktive Steuerzahler Monheim verlassen oder sich nicht hier ansiedeln würden, darf durchaus bezweifelt werden. Wenn bei der Gewerbesteuer kein zwingender Zusammenhang zwischen Umlage und Steuersatz besteht, dann bei der Grundsteuer jedenfalls auch nicht, sodass auch hier auf die Erhöhung, die praktisch alle Bürgerinnen und Bürger direkt trifft, verzichtet werden könnte.

Apropos unsaubere Vergleiche:

Einer der wesentlichen Gründe für die Enthaltung der grünen Fraktion zum Antrag der CDU-Fraktion, die Container vom Gelände des Schulzentrums an einen anderen Standort umzusiedeln, war der seinerzeit genannte Kostenvergleich zwischen Verbleib und Umsiedlung und nicht, dass wir den Standort Krischerstraße für die für alle Beteiligten optimale Lösung gehalten haben. Aber bei einem Verhältnis von 150.000€ an der Krischerstraße und 13,1 Mio. an einem anderen Standort hielten wir den Verbleib für maximal 3 Jahre für einen tragfähigen Kompromiss.

Dass es sich um mindestens 3 Jahre handeln sollte, war für uns der Grund für die Enthaltung im September.

Erst auf Anfrage erfuhren wir dann, dass in den genannten Kosten für den Verbleib an der Krischerstraße die auch dort fällige Containermiete gar nicht enthalten war, dafür auf dem seinerzeit diskutierten Gelände des ehemaligen Raiffeisenmarkts die Miete neuer Container statt der bestehenden - die genannten Beträge also absolut nicht vergleichbar. Dass es sich hier um ein Versehen handelt ist ebenso wenig glaubhaft wie die angebliche Freud'schen Fehlleistung bei der „Verwechslung“ der CDU mit der AfD.

Bei den jetzt hoffentlich wirklich vergleichbaren Kosten von 1,6 zu 5,1 Mio. nach der jetzt vorliegenden Kostenschätzung ist ein Umzug der Container an einen anderen Standort durchaus die sinnvollere Lösung für alle Beteiligten.

Nicht nur für die Schülerinnen und Schüler, denen dann ihr komplettes Schulgelände zur Verfügung steht, sondern vor Allem auch für die Geflüchteten und deren Kinder, denen ja an der Krischerstraße praktisch kein Freiraum außerhalb ihrer Container zur Verfügung stehen wird.

Von populistischen Äußerungen verschiedener Vertreterinnen und Vertreter in der Ratssitzung im September, mit denen Geflüchtete pauschal kriminalisiert und als Gefahr für „unsere Kinder und unsere Gesellschaft“ vorverurteilt werden, haben sich die Initiatoren des Bürgerbegehrens deutlich und glaubhaft distanziert.

Die inhaltliche Diskussion über das Bürgerbegehren führe ich an dieser Stelle nicht, da wir diese ja eigentlich eben auf das kommende Jahr vertagt haben, auch wenn dieses Thema eben einen erheblichen Teil der Rede der Peto eingenommen hat.

Die CDU in die „rechte Ecke“ zu stellen, hat sich leider im zu Ende gehenden Jahr zu einer unerfreulichen Tradition entwickelt. Im Zusammenhang mit dem Antrag, Jeppe Heins Mirror Balloons nicht im Ratssaal, sondern an einem oder mehreren anderen Standorten zu installieren, wurde die Argumentation der CDU mit der über entartete Kunst im dritten Reich verglichen, nachdem sich schon auf dem Antrag der CDU die offensichtlich vom

Bürgermeister notierte Bitte fand, eine „Beschlussvorlage gegen das Banausentum“ zu verfassen.

Ich halte die Installation der Ballons hier für durchaus gelungen, aber wir müssen in diesem demokratischen Gremium auch andere Meinungen akzeptieren und sie nicht diskreditieren.

Zu einem erfreulicheren Thema:

In den letzten Jahren bestanden die Bemühungen in Richtung Klimaschutz im Wesentlichen aus dem zertifizierten Öko-Strom der Mega für private Haushalte, dem vielleicht mittelfristig CO2 einsparenden kostenlosen ÖPNV, den leider immer noch nicht vollumfänglich funktionierenden Leihrädern und dem automatischen Bus, dessen Effekt für den Klimaschutz eher zweifelhaft ist. Andere, in anderen Kommunen längst selbstverständliche Maßnahmen wie die Ausstattung aller kommunalen Gebäude mit Photovoltaik, der Festlegung von Photovoltaik in Bebauungsplänen und ihre Förderung auf Bestandsgebäuden oder auch die Prüfung einer Freiflächen- Photovoltaik- Anlage auf dem Gelände der ehemaligen Henkel-Deponie III und ähnliche Maßnahmen wurden kontinuierlich abgelehnt, auch wenn es mittlerweile doch Schritte in die richtige Richtung gibt.

Bezüglich der Photovoltaik kommt die Landesregierung der Monheimer Verwaltung zuvor: Der Einbau von Photovoltaik wird bei Bauanträgen ab dem 1. Januar 2024 bei neuen Nichtwohngebäuden, ab dem 1. Januar 2025 bei neuen Wohngebäuden und ab dem 1. Januar 2026 bei der vollständigen Erneuerung der Dachhaut von Bestandsgebäuden, bei landeseigenen Gebäuden bereits ab 1. Juli 2024 verpflichtend, soweit er nicht aus konkreten Gründen unmöglich ist oder die Dachflächen kleiner als 50m² sind. Entsprechende Diskussionen vor Ort dürften sich damit bald erledigen.

In Monheim am Rhein sollen bis zu 6 Windkraftanlagen gebaut werden und einen erheblichen Teil des Monheimer Stromverbrauchs vor Ort erzeugen - rechnerisch knapp den gesamten Verbrauch der Monheimer Haushalte. Tatsächlich wird es weniger sein, denn bekanntlich wird der Strom von den Windkraftanlagen nicht immer genau dann und in dem Umfang erzeugt, wie er benötigt wird und die Betriebe brauchen natürlich auch erhebliche Mengen Strom. Außerdem werden die Anlagen zur Vermeidung von störendem Schattenwurf und zum Vogelschutz zeitweise abgeschaltet. Gleichwohl werden sie zweifellos einen erheblichen Teil zur Stromversorgung beitragen.

Das ist gut so. Es ändert allerdings nichts daran, dass es ein Versäumnis war und ist, bislang nicht mehr PV- Anlagen einzurichten, zu fordern und zu fördern und ändert auch nichts am Sinn weiterer PV- Anlagen, ist aber endlich ein richtiger Schritt.

Wir unterstützen den Bau und Betrieb der Windkraftanlagen nach entsprechender Prüfung der einzelnen Standorte im weiteren Verfahren.

Besonders wichtig ist für uns dabei, ökologische Probleme wie das Ansiedlungs- und Zugverhalten von Vögeln und Lebensgefahr für diese zu minimieren.

Errichtung und Betrieb durch die Mega halten wir für eine sinnvolle Vorgehensweise, da bei entsprechender Berechnung zumindest alle Kundinnen und Kunden der Mega auch finanziell von den Windkraftanlagen profitieren und nicht nur diejenigen, die sich eine private Beteiligung leisten können.

Im März haben wir dem Ankauf und der Installation des Kunstwerks „Yes There No Where“ von Robert Wilson mit Texten von Ulla Hahn für den Marienburgpark zum Preis von 600.000 € zugestimmt. Im Sommer wurden ohne Einbeziehung des Kulturausschusses und des Rates weitere 250.000 € im Rahmen der Verfügungsfreiheit des Bürgermeisters für die Erweiterung des Kunstwerks zur Verfügung gestellt. Da auch dieser Betrag noch nicht ausreichte, um neben der Erweiterung auch den beschlossenen Umfang fertig zu stellen, wurden vom Rat weitere 250.000 € bewilligt. Dies ohne unsere Zustimmung, auch da wir die häppchenweise Bewilligung für nicht korrekt halten. Zunächst wurde der Umfang ohne Abstimmung mit den zuständigen Gremien erweitert, dann war angeblich auch nicht möglich, die bisher teilweise nur provisorisch installierten Klangbrunnen plangemäß fertig zu stellen. Insgesamt ein bedenkliches Vorgehen, das wir so nicht mit tragen können.

Überdies ist dieses Beispiel auch einer der Gründe, warum wir gemeinsam mit CDU, SPD und Herrn Wiese einen Antrag auf Reduzierung des Verfügungsrahmens des Bürgermeisters gestellt haben.

Im Juni hat die CDU einen Antrag gestellt, das Abstimmungsverhalten der Ausschuss- bzw. Ratsmitglieder in allen Gremien zu dokumentieren, wie es in meisten Gremien bis dahin ohnehin geschehen war. Diese Möglichkeit, das Abstimmungsverhalten nachzuvollziehen, ist sowohl für Bürgerinnen und Bürger als auch für uns selbst hilfreich, um problemlos das Abstimmungsverhalten auch noch nach längerer Zeit nachvollziehen zu können. Da i.d.R. die Fraktionen geschlossen abstimmen, ist der Aufwand auch durchaus überschaubar, selbst in den Ausschüssen, in denen auch andere als die politischen Vertreter sitzen.

Nachdem der Antrag abgelehnt wurde, wurde auch in den Gremien, in denen das Abstimmungsverhalten vorher festgehalten wurden war, plötzlich nur noch „mehrheitlich bzw. einstimmig zugestimmt oder abgelehnt“ dokumentiert.

Erst nach meinem Hinweis, dass die Niederschriften lt. §24 der Geschäftsordnung zumindest das Abstimmungsverhältnis wiedergeben müssen, wird dieses dokumentiert. Anhand des Stimmenverhältnisses lässt sich mit Kenntnis der Fraktionsstärken und mathematischem Geschick das Abstimmungsverhalten dann häufig rekonstruieren. Optimale Transparenz geht allerdings anders.

Wir werden gleich noch darüber beschließen, ob die Satzung über die Förderung von Kindern in der Tagespflege entsprechend dem Beschluss des Jugendhilfeausschusses zu unserem Antrag zu dessen letzter Sitzung geändert wird - mit absehbarem Ergebnis. Der Jugendhilfeausschuss, in dem auch kompetente Vertreter freier Träger u.a. Stimmrecht haben, hatte unserem Antrag auf eine mögliche Verlängerung der Eingewöhnungszeit in der Tagespflege zugestimmt.

Die Verwaltung schlägt jetzt vor, die dazu erforderliche Änderung der Satzung nicht vorzunehmen.

Der möglichst weitgehenden Gleichstellung von Kindern in der Tagespflege mit denen im Kindergarten hätte die Satzungsänderung ebenso gedient wie der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für junge Eltern.

Eben haben wir über eine Anpassung des Baubudgets für die Sanierung und Neuaufstellung des Mona Mare abgestimmt - um 13 Mio. von 29 auf 42 Mio. €, womit auch dieses Projekt, das wir auch im Zusammenhang mit den Kosten für das nach unserer Auffassung nicht sinnvolle Wellenbad abgelehnt haben, erhebliche Mehrkosten verursacht.

Wir haben beantragt, eine zweite Stelle im Klimaschutzmanagement einzurichten, um die zahlreichen Anforderungen im Rahmen der Umsetzung des Klimaschutzkonzepts, der kommunalen Wärmeplanung, der Solardachpflicht erfüllen zu können. Abgelehnt. Immerhin ist mittlerweile die Stelle des einen Klimaschutzmanagers wieder besetzt.

Der Haushalt für das Jahr 2024 enthält viel Gutes und Sinnvolles. Er enthält aber auch entscheidende Punkte die wir ablehnen.

Insgesamt enthält er zu viele Ausgaben und Kredite im Verhältnis zu den Einnahmen - und neben dem globalen Minderaufwand so gut wie keine konkreten Ansätze, das Missverhältnis zu verbessern.

Nur ausgerechnet beim Produkt Umweltangelegenheiten und Klimaschutz soll gespart werden. Unser Antrag, die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen hier nicht zu reduzieren, wurde abgelehnt.

Wir müssen den Haushalt 2024 ablehnen.

Frohe Weihnachten und alles Gute für 2024